

# „Ort der Argumente, nicht der Transparente“

Streit um parlamentarische Spielregeln: In der Afghanistan-Debatte setzt Bundestagspräsident Lammert die Linksfraktion vor die Tür

VON STEFAN KOCH

**Berlin.** „Raus!“ In unmissverständlichem Befehlston setzt der Bundestagspräsident am Freitag die Abgeordneten der Linksfraktion vor die Tür. Der Abschluss von der Sitzung kommt so schnell, dass sich einige Politiker nur verblüfft anschauen. Meint der das ernst, steht ihnen als Frage ins Gesicht geschrieben. Und tatsächlich: Obwohl die Abstimmung über das Afghanistanmandat auf der Tagesordnung steht, lässt Norbert Lammert alle Abgeordneten von der Sitzung ausschließen, die mit Plakaten den Tod von Zivilisten in Kundus anprangern.

Ein Rumoren geht durch den Saal, dann applaudieren viele Abgeordnete von Union, FDP und SPD. Die Protestaktion gegen den Krieg wird zur Demonstration parlamentarischer Spielregeln. Erstmals seit Bestehen des Bundestags wird eine so große Gruppe gewählter Volksvertreter ausgeschlossen. Nur ein älterer Saaldienner, der später am Rande der Parlamentslobby ins Plaudern kommt, weiß noch von seinem Vorgänger zu berichten, dass im Sommer 1950 vier Abgeordnete der KPD des Saales verwiesen wurden. Damals waren es vier, doch an diesem Tag sind es gleich vier Dutzend.

Dabei hatte sich alles geradezu leise abgespielt. Nach der Rede der Linken-Abgeordneten Christine Buchholz erhoben sich ihre Fraktionskollegen und zeigten Plakate, die an die Toten des Bombardements von Kundus erinnerten. Auf einem stand: „Ali Mohammad, Bauer, 35 Jahre, 9 Kinder“. Bei dem Angriff waren am 4. September bis zu 142 Menschen getötet worden. Ein eindrucksvoller Protest – allerdings am falschen Ort.

Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Linkspartei mehrmals mit ungewöhnlichen Protesten im Parlament gestört. Im Juni 2006 handelt sich Fraktionsvize Klaus Ernst einen Ordnungsruf ein, als er auf der Regierungsbank eine Fußfessel abgelegt hat – aus Protest gegen neue Auflagen für die Erreichbarkeit von Langzeitarbeitslosen. Ein knappes Jahr später entrollen Linken-Abgeordnete im hohen Haus ein Transparent gegen den G-8-Gipfel. Anfang 2008 setzen sich Linken-Abgeordnete in einer Debatte über die Kampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zur Jugendgewalt lange Pinocchio-Nasen auf.

Die Liste der symbolträchtigen Aktionen ließe sich noch verlängern – neu ist die harte Reaktion des Parlamentspräsidenten. Der beruft sich am Freitag auf die Geschäftsordnung. Der Ältestenrat des Bundestages hatte im vergangenen Jahr entschieden, dass es sich bei diesen Zwischenfällen um eine „grobe Verletzung“ der Geschäftsordnung handelt. Damit hatte Lammert grünes Licht, um Abgeordnete bei weiteren Aktionen auszuschließen – was er dann an diesem Freitag auch tut.

Lammert verweist darauf, dass die Geschäftsordnung einen besonderen Respekt genießt. Die Weimarer Republik habe zur Genüge erschütternde Beispiele geliefert, wie ein Parlamentsbetrieb durch radikale Gruppen aus den Angeln gehoben werden kann. Unter den Abgeordneten der großen Parteien gibt es denn auch viel Lob für Lammert. So sagt Thomas Oppermann, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD: „Das Parlament ist Ort der Debatte, nicht der Demonstration. Im Parlament zählt das Argument, nicht das Transparent.“ Und CDU-Fraktionschef Volker Kauder ergänzt: „Lammert hat gezeigt, dass er kein zahnlöser Tiger ist.“

Kurz darauf gibt sich dieser Tiger allerdings auch geschmeidig: Er fordert die verbliebenen Abgeordneten dazu auf, eine Sonderklausel der Geschäftsordnung anzuwenden, um den Linkspolitikern zumindest die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen. Eine Strategie, die auch SPD-Fraktionsvize Gernot Erler ausdrücklich zustimmt: „Wir wollen aus den Kollegen ja keine Märtyrer machen.“

Der Eklat in früher Morgenstunde überschattet die eigentliche Auseinandersetzung um das neue Mandat, kann ihr aber nicht die Tiefe nehmen. Der Auslandseinsatz von mehreren Tausend deutschen Soldaten geht den Abgeordneten nahe. Es ist zu spüren, wie sehr jeder Einzelne um seine ganz persönliche Position ringt. So hält Lars Klingbeil, 32-jähriger SPD-Mann aus Münster, die Fortsetzung des Einsatzes für unabdingbar, um die bisherigen Erfolge der internationalen Gemeinschaft nicht zu gefährden. Zugleich sei es das Verdienst seiner Partei, den „Perspektivwechsel“ eingeleitet zu haben. Will sagen: Der Einstieg in den Ausstieg beginnt an diesem Freitag.

Die Union wiederum legt Wert darauf, eine „Übergabe in Verantwortung“ zu organisieren, wobei sie sich strikt gegen einen konkreten Zeitpunkt wehrt. Doch das dürfte außerhalb des Parlamentssaals nur als semantische Feinheit gelten. Für die Verlängerung des Isaf-Mandats stimmen letztlich 429 Abgeordnete. 111 Parlamentarier votieren mit Nein, 46 enthalten

sich. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel lobt anschließend die „relativ geschlossene Haltung“ seiner Fraktion bei der Abstimmung. Die 16 Gegenstimmen aus seiner Fraktion respektiere er. Die Bundesregierung habe wesentliche Forderungen der SPD erfüllt. So sei der Beginn für den Abzug genannt worden, es gebe mehr Ausbildung und keine neuen Kampftruppen.

Zwölftmal hat der Bundestag seit 2001 nunmehr darüber entschieden. Die Abstimmung an diesem Freitag dürfte aber eine der wichtigsten sein. Mit der neuen Strategie wollen Deutschland und die internationale Gemeinschaft in den kommenden Monaten das Ruder herumreißen und den Einsatz am Hindukusch doch noch zu einem Erfolg führen. Dazu sollen in erster Linie die zivilen Hilfsleistungen und der Aufbau von afghanischem Militär und Polizei gestärkt werden.

Die Aufstockung des Bundeswehrkontingents von 4500 auf bis zu 5350 Soldaten soll vorübergehend sein. Von 2011 an – so die Planung – wird die Verantwortung für die Sicherheit im Lande schrittweise an die afghanischen Behörden übergeben und die militärische Präsenz der internationalen Gemeinschaft abgebaut.

Außenminister Guido Westerwelle spricht von einem „neuen Kapitel in der Afghanistan-Politik“. Und die breite Zustimmung im Bundestag war für den FDP-Chef ungeachtet des Eklat ein „Sieg der Verantwortung und der Vernunft“.

Einen Grund zum Frohlocken gibt es allerdings nicht. In Umfragen spricht sich weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Mission aus.

„Aus den Kollegen keine Märtyrer machen“

## Zeuge des Terrors in Kabul

VON BELAL EL-MOGADDEDI

Aus dem Schlaf gerissen wurde ich um 6.30 Uhr durch eine gewaltige Explosion, deren Druckwelle die Fensterscheibe meines Schlafzimmers in tausend Stücke zerbrechen ließ. Es handelte sich um eine Autobombe, die 200 Meter von meinem Aufenthaltsort im Kabuler Stadtteil Schar-i-Nau gezündet wurde. Anschlagziel war das beliebte Kabuler Einkaufszentrum „Safi Landmark“, in dem sich neben vielen Boutiquen und Restaurants ein auch von Ausländern gern aufgesuchtes Hotel befindet. Der ersten Detonation folgten mehrere kleinere und heftige Gefechte – teils direkt vor meiner Haustür. Um 10 Uhr herrscht Ruhe, die Schüsse sind verstummt wie auch die Sirenen der Rettungswagen: Jetzt können keine Menschen mehr gerettet werden. Die Zeit der Leichenwagen ist gekommen. Kabul ist still, totenstill.



Belal El-Mogaddedi

Mit diesem mörderischen Morgen hat der Geburtstag Mohammeds begonnen, des Propheten des Islam. Gestern hat der afghanische TV-Sender „Ariana“ den Film „The Message“ gezeigt, in dem in wunderbarer Weise der Beginn und die befreiende Entfaltung des Islam nachgezeichnet wird, ein filmisches Kunstwerk, ein Plädoyer für den Islam. Dieser Film zeigt die vom Propheten gelebte beispielhafte Praxis des Islam, geprägt von Barmherzigkeit, Vergebung, Edelmut, Tugendhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit. Ich frage mich: Wie weit können sich einige Menschen von der großartigen Botschaft des Islam entfernen und dennoch behaupten, für seine Botschaft einzutreten?

Durch mein glasloses Fenster höre ich

ein Gespräch zweier Sicherheitsbeamten, die Scherben aufsammlen: „Gott sei gedankt, dass wir zum Morgengebet wach geworden sind und nicht im Zimmer waren!“ Die Menschen halten unbeeindruckt an ihrer Religion fest; sie wissen, dass Terrorismus aus den Lehren des Islam nicht abgeleitet werden kann. Ihre Religion hat nichts mit der Überzeugung einiger weniger Verblendeter zu tun; dies gibt Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wie auch der Ruf des Muezzin in der Moschee nebenan, der die gläubigen Muslime gerade zur Teilnahme am Freitagsgebet aufruft. Viele werden auch heute dem Ruf folgen, trotz der nassen Kälte, trotz der aufgeweichten Zufahrtswege, trotz eines mörderischen Fanatismus, der heute Morgen wieder einmal zugeschlagen hat. Die Menschen dieser Stadt, dieses seit 30 Jahren von Invasion, Krieg und

Besatzung geschundenen Landes geben ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht auf.

Vor zwei Tagen sind 29 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, bei einem Angriff durch Nato-Flugzeuge in der Provinz Uruzgan ermordet worden, von diesem Anschlagort habe ich keine Bilder gesehen. Dort hat die hochmoderne Technik feige gewütet. Sinnlos ist auch diese Kriegskunst gewesen, wie so vieles in diesem schmutzigen und unehrlichen Krieg am Hindukusch.

Belal El-Mogaddedi, Deutscher mit Wurzeln in Afghanistan und gerade zu Besuch in Kabul, engagiert sich im „Haus der Religionen Hannover e.V.“ seit Langem in der Afghanistanpolitik und im interreligiösen Dialog.



Eine Aktion und ihre Folgen: Erst halten Linkspartei-Abgeordnete Transparente hoch, dann räumen sie zögernd den Saal – und die Bundestagsdebatte geht ohne sie weiter.

## Handelt ein Nato-Partner mit Drogen?

VON KLAUS VON DER BRELIE

**Hamburg/Düsseldorf.** Sie putzen Toiletten und fahren Müll und Fäkalien ab, sie waschen Uniformen und organisieren den Treibstoffnachschub: Mitarbeiter der Düsseldorf-Firma Ecolog AG sind in Afghanistan für die Nato und die Bundeswehr tätig – meist zur vollen Zufriedenheit der Soldaten, denen sie unangenehme Aufgaben abnehmen und zuverlässig saubere Wäsche liefern. „Wir sind für Sie da, wo und wann immer Sie uns brauchen – stets im richtigen Moment“, schreibt das Unternehmen auf einer Internetseite und fügt eine lange Liste von Referenzen seiner Kunden hinzu.

Bei der Nato scheinen jetzt Zweifel an der Seriosität des deutschen Dienstleisters aufkommen zu sein. Wie der NDR am Freitag berichtete, prüft die Allianz, ob Ecolog Aufträge für illegale Geschäfte genutzt hat. Diesen Verdacht hegt der Chef des militärischen Oberkommandos der Nato im niederländischen Brunssum. Es bestehe die „Gefahr“, dass möglicherweise Drogen geschmuggelt worden sind oder dergleichen Dinge mehr“, sagt der deutsche Viersternegeneral Egon Ramms. Deshalb untersuche die Nato, „ob Ecolog für uns noch ein geeigneter Geschäftspartner ist“.

Die Bundeswehr deutete gestern an, dass ihr die Vorwürfe gegen das Unternehmen bekannt seien. Generell gelte das Prinzip, dass die Bundeswehr eng mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeite, wenn sie Informationen über strafrechtlich relevantes Verhalten von Mitarbeitern von Vertragspartnern erhalte, sagte ein Ministeriumssprecher in Berlin.

Worum geht es? Laut NDR heißt es in vertraulichen Nato-Unterlagen, der hinter dem Dienstleister stehende Clan sei in die Organisierte Kriminalität verstrickt. Jahrelang habe die Nato bei der Auftragsvergabe diese Informationen unbeachtet gelassen. Die Düsseldorf-Firma Ecolog AG gehört zum Konsortium einer mazedonisch-albanischen Familie im Raum Tetovo. Lazim Destani, der Vater des Ecolog-Gründers Nazif Destani wurde 1994 in München unter anderem wegen unerlaubten Erwerbs einer vollautomatischen Schusswaffe zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt. 2009 wurde ein inzwischen entlassener Ecolog-Mitarbeiter in Traunstein zu neunmonatigen Jahren Haft verurteilt, weil er am Schmuggel von mehr als vier Kilogramm Heroin nach Deutschland beteiligt gewesen sein soll. Die Kosovo-Schutztruppe Kfor, die seit Jahren die Dienste von Ecolog in Anspruch nimmt, soll die Nato jetzt vertraulich darauf hingewiesen haben, dass die Familie Destani „Verbrechen und Organisierte Kriminalität“ im Grenzbereich zwischen Mazedonien und dem Kosovo kontrolliere.

Das Ecolog-Management nennt den Kfor-Bericht „unzutreffend“. Es gebe keinen Zusammenhang zwischen Ecolog und deren Gründerfamilie und kriminellen Verhaltensweisen. Ecolog habe nie irgendwelches geartetes Material aus Afghanistan herauftransportiert. Thomas Wachholz, Vorstandsmitglied der Ecolog AG, teilte dieser Zeitung gestern mit: „Die kolportierten Zuordnungen unserer Firma und deren Gründerfamilie sind absurd und entbehren daher jeglicher Basis für eine Kommentierung.“ Der NDR hielt dennoch an seiner Darstellung fest.

## „Wir müssen selbst für Schwung sorgen“

Nach dem Rücktritt Margot Käbmanns suchen die Kirchen umso mehr nach Auswegen aus dem Teufelskreis von Mitgliederschwund und Einsparzwängen

VON HEINRICH THIES

Ein Gospelchor singt „All you need is love“, junge Frauen tragen Liebeslieder der Gruppen „Fettes Brot“ und „Sportfreunde Stiller“ vor, ältere Gemeindeglieder lesen Erotisches aus dem Hohelied Salomos. Valentinstag in der Kreuzkirche von Eickeloh am Südrand der Lüneburger Heide. Das Gotteshaus ist voll besetzt, die Kirchenbesucher schwingen auf den Plätzen mit und applaudieren nach jedem Musikstück.

Käbmann hat vor allem junge Leute begeistert

Gemeindepastorin Silke Deyda hat den Weltfeiertag der Floristeninnung zu Ehren des heiligen Valentin in die Kirche zurückgeholt – und großen Erfolg damit gemerkt. Denn bei üblichen Sonntagsgottesdiensten leisten oft nicht mehr als ein halbes Dutzend Kirchgänger den Konfirmanden Gesellschaft, die zum Kirchgang angetreten sind. Gegen diesen kirchlichen Alltagsstarrsinn arbeitet die Theologin auch sonst an – mit originellen Gottesdienstformen und der Aktivierung von Gemeindegliedern in Chören und Gesprächskreisen.

Niemand hat sie dabei gebremst. Im Gegenteil. Der neue Schwung, der durch die Dorfkirche ging, war von allerhöchster Stelle ausdrücklich erwünscht. Wie viele andere Pastoren an der Basis ist auch Silke Deyda daher jetzt traurig, dass die Frau an der Spitze der hannoverschen Landeskirche ihren Rücktritt erklärt hat. „Margot Käbmann hat Kirchentagsstimmung in die Gemeinden getragen“, sagt die Pastorin. „Ich habe mich durch sie ermutigt gefühlt, neue Wege zu gehen. Das war nicht immer so.“

Die Auffrischung des Gemeindelebens spiegelt sich auch in Zahlen wider: Die

Mitgliederzahl der dörflichen Kirchengemeinde ist seit zehn Jahren nahezu konstant. Davon können andere Gemeinden nur träumen. Die christlichen Kirchen in Deutschland verlieren Jahr für Jahr an Boden. Die Alten sterben weg, Jüngere kommen kaum mehr dazu, viele treten auch noch aus. Allein der evangelischen Kirche in Deutschland sagten 2008 rund 168.000 Mitglieder Adieu. Dieser Zahl stehen zwar rund 60.000 gegenüber, die wieder eingetreten sind, doch unterm Strich ergibt sich ein Aderlass von

100.000 Protestanten im Jahr. In Hannover gehören mittlerweile weniger als 50 Prozent der Bürger einer christlichen Kirche an. Gleichzeitig schreitet die Vergeisterung voran: Immer mehr sind im Rentenalter und zahlen kaum mehr Kirchensteuern.



Zum Verkauf angeboten: Die Maria-Magdalenen-Kirche in Hannover-Ricklingen.

Die Folge sind erhebliche Einnahmehinbrüche. Der Spardruck wächst. Immer mehr Gemeinden verlieren dadurch ihren Pastor, werden mit anderen Gemeinden zusammengelegt oder verfügen nur noch über Teilzeitpfarrer. Die Ausdünnung der pastoralen Versorgung wiederum beschleunigt den Mitgliederschwund zusätzlich. Ein Teufelskreis.

Fast alle, mit denen man dieser Tage in der hannoverschen Landeskirche spricht, sind sich einig, dass Margot Käbmann wesentlichen Anteil daran hat, dass es nicht noch viel schlimmer gekommen ist. Durch ihre hohe Medienpräsenz ist sie auch für solche Menschen zu einer Identifikationsfigur geworden, die kaum mehr in die Kirche gehen. „Sie hat viele in der Kirche gehalten, die wankelmütig waren“, sagt zum Beispiel der stellvertretende Leiter des Kirchenamts Celle, Dieter

Görlitz. „Sie hat vor allem junge Leute begeistert“, sagt der Landwirt und Kirchenvorsteher Gerhard Lehrke, der in seiner Kirchengemeinde Bolzum bei Sehnde um den Erhalt einer halben Pfarrstelle kämpft. „Ich könnte mir vorstellen, dass manch einer nun noch mehr auf Abstand geht.“

Wie wichtig Margot Käbmann den Menschen war, liest der Superintendent des Kirchenkreises Walsrode, Ottomar Fricke, daran ab, dass viele zu ihm gekommen sind, um die Adresse der Bischofskanzlei zu erbitten, weil sie der Bischöfin schreiben wollten. „Kirche hat immer auch mit Beziehung zu tun“, sagt der Superintendent. „Und Frau Käbmann war jemand, zu dem die Leute eine Beziehung aufbauen konnten, weil sie klar ihre Meinung gesagt hat.“

Die Popularität der Bischöfin spiegelt sich sogar ein bisschen in der Statistik wider. Nach ihrer Wahl zur Landesbischöfin im Jahr 1999 sank die Zahl der Kirchenaustritte im evangelischen Stadtkirchenverband Hannover deutlich. Doch trotz all ihrer Strahlkraft konnte Margot Käbmann keine Wunder bewirken. Auch die Landeskirche Hannover geriet in den Sog der Krise. Die Zahl der Mitglieder verringerte sich von 1990 bis 2009 von 3,4 auf 2,9 Millionen – ein Trend, der sich in der Stadt noch sehr viel deutlicher zeigte als auf dem flachen Land. Der Stadtverband Hannover schrumpfte allein im Verlauf des vergangenen Jahres von 211.453 auf 209.373 Mitglieder – ein Schwund von zwei Prozent, mit dem sich die besorgniserregende Entwicklung der Vergangenheit fortsetzt.

Die Folge ist, dass in Hannover nicht nur Pfarrarbeitsstellen gestrichen, sondern auch Kirchen dichtgemacht werden. In Hannover-Buchholz wurde im August

2009 schon die erste Kirche in der Landeshauptstadt abgerissen. Die Michaeliskirche in Hannover-Ricklingen sucht schon lange nach einem Käufer für die Maria-Magdalenen-Kirche, und die Gustav-Adolf-Kirche in Hannover-Leinhausen wurde in eine Synagoge umgewandelt – aus Sicht der bisherigen Bischöfin noch

eine durchaus vertretbare Lösung. Dass eine christliche Kirche zur Moschee umfunktioniert wird, hatte Käbmann indessen ebenso abgelehnt wie die Umwandlung eines Gotteshauses zur Disko. „Es gibt Grenzen“, sagte sie.

In der Öffentlichkeit löste ihre Position erheblichen Wirbel aus, für den Alltag der bedrängten Kirchengemeinden dagegen war sie belanglos. Verzweifelt wandten sich schon manche Protestanten an die Bischöfin, um prominente Unterstützung für den Erhalt ihrer Pfarrstellen zu erbitten. Doch in der Regel erging es ihnen wie der Kirchengemeinde Brelingen in der Wedemark, die sich dagegen wehrt, dass ihr Pastor künftig nur noch eine Dreiviertelstelle bekleiden soll. Die Bischöfin antwortete freundlich, aber ablehnend. Leider sei sie für Derartiges nicht zuständig, teilte sie mit und verwies an den örtlichen Kirchenkreis. „Da waren wir schon ein bisschen enttäuscht“, sagt Ursula Wissmann. Als die Kirchengemeinde Brelingen daraufhin mit einer Unterschriftenliste beim Kirchenkreis tag um Gehör bat, hieß es, dass die Sache chancenlos sei. Bei einer Gemeindestärke von 1700 Mitgliedern sei eine volle Pastorenstelle einfach nicht mehr drin – möge die Dorfkirche noch so schön sein.

Manche kritisierten, dass die Landesbischöfin zu viel Geld in Prestigeprojekte stecke, anstatt alles zu tun, um die Erosion der kirchlichen Basis entschieden zu stoppen. Andere mühten sich, die Lächer aus eigener Kraft zu stopfen. Zum Beispiel in Eickeloh. Die Kirchengemeinde im Aller-Leine-Tal hat einen Förderkreis namens „Arche“ gegründet und finanziert nun ihre Pastorin zum Teil mithilfe von Spenden. Auf diese Weise verfügen die 1200 Gemeindeglieder, denen laut Plan nur eine halbe Stelle zusteht, immerhin über eine „Dreiviertelpastorin“. Das Modell macht auch andernorts Schule. So zeichnet sich eine allmähliche Abkehr vom deutschen Kirchensteuersystem ab. Für Kirchengemeinden in den USA schließlich ist es immer schon selbstverständlich, ihre Prediger selbst zu finanzieren.



Setzt auf neue Wege: Silke Deyda, Pastorin in Eickeloh.

Die Eickeloh-Pastorin Silke Deyda gesteht, dass sie zunächst skeptisch war, mittlerweile aber begeistert ist. „Ich habe das Gefühl, dass es die Gemeinde stärkt“, sagt die Theologin. „Die Leute identifizieren sich einfach mehr mit ihrer Kirche und ihrer Pastorin.“ Silke Deyda hat auch die Erfahrung gemacht, dass Menschen spenden, die längst aus der Kirche ausgetreten sind. „Das ist für mich auch Ausdruck der Wertschätzung meiner Arbeit.“ Vor allem aber werde die Eigenständigkeit der Gemeinden gestärkt, die Pastorin spricht sogar von einer „Demokratisierung“. Die Frage, wer an der Spitze der Kirche stehe, sei damit vielleicht ein bisschen in den Hintergrund getreten. „Wir müssen selbst für Schwung sorgen.“